

– DER PRESSESPRECHER –

Richter am Amtsgericht Dirk Simon
Amtsgericht Stralsund • Bielkenhagen 9 • 18439 Stralsund
Telefon: 03831 – 257460 • Mobil: 0176 – 48197332

E-Mail: simon@richterbund.info oder pressearbeit@richterbund.info

**GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG von
Richterbund M-V und Verein Pro Justiz
vom 04.09.2015**

Schlussoffensive beim Volksentscheid.

Richterbundschef Gnisa ruft die Bevölkerung auf, am Sonntag an die Abstimmungsurnen zu gehen.

Stralsund. Rund 1,34 Millionen Bürger in Mecklenburg-Vorpommern sind an diesem Sonntag dazu aufgerufen, im Rahmen des ersten Volksentscheids über die künftige Gerichtsstruktur ihres Bundeslandes selbst zu entscheiden.

Richterbund und Verein „Pro Justiz“ gaben sich auf der gestrigen Abschlusskundgebung in Stralsund kämpferisch.

Jens Gnisa, Stellvertretender Bundesvorsitzender des Richterbundes, blies zur Schlussoffensive und forderte die Bevölkerung zum Widerstand auf. „In der ganzen Welt werden wir für unser Rechtssystem geachtet. Kein anderes Bundesland schließt die kleinen Gerichte am Ort. Wir dürfen uns nicht alles gefallen lassen. Meckern allein genügt nicht. Jetzt gilt es zur Abstimmung zu gehen, jetzt ist die Möglichkeit mitzubestimmen und mit einem „Ja“ zur Justiz den Rechtsstaat in der Fläche zu verteidigen.“

Dr. Axel Schöwe, Vereinsvorsitzender von „Pro Justiz“, warf der Landesregierung Verlogenheit vor. „Eine Reform jagt die Nächste und das Land blutet aus. Einspareffekte sind nicht zu erwarten. Weniger Gerichte bedeuten ja nicht weniger Arbeit. Weitere Wege, höhere Kosten, längere Verfahrensdauern werden die Gegenleistung für unsinnigen Reformaktionismus sein. Der demografische Wandel als Reformargument hat ausgedient. Erstmals seit der Wiedervereinigung verzeichnet Mecklenburg-Vorpommern einen Bevölkerungszuwachs.“

„Die Gerichte sind ein auch wichtiger Standortfaktor.“ so Gnisa auf dem Demokratiefest in Stralsund. „Mit den Gerichten verlieren die betroffenen Städte nicht nur Richter, Rechtspfleger und Beamte. Auch Rechtsanwälte, Notare und ihre Angestellten wandern ab.“

Eine klare Mehrheit am Sonntag genügt für den Reformstopp jedoch nicht.

Etwa 450.000 Wahlberechtigte müssen beim Volksentscheid mit „Ja“ stimmen, um die von der Landesregierung verordneten Gerichtsschließungen zu verhindern.

Nicht zur Abstimmung zu gehen ist gleichbedeutend mit einer „Nein“-Stimme und führt unweigerlich zum Verlust unserer flächendeckenden Gerichtskultur.

Axel Peters, Vorsitzender des Landesrichterbundes fordert deshalb dazu auf, auf dem Weg zu den Wahlurnen Familie, Freunde, Nachbarn und Bekannte mitzunehmen.

„Gelingt am Sonntag der Volksentscheid nicht, werden weitere Einschnitte die Folge sein.“ dessen sind sich die Initiatoren sicher.

